

**Einheitsmythen
Zur kognitiven 'Bewältigung' der Transformation
Ostdeutschlands**

Plenarvortrag auf dem 27. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für
Soziologie, 3.-7.4.1995 in Halle

{Gekürzte und leicht veränderte Fassung für die *Kommune*, 2.5.95}

Helmut Wiesenthal

Adresse des Autors:

Prof. Dr. Helmut Wiesenthal
MPG-AG Transformationsprozesse
Jägerstr. 10-11
D-10117 Berlin

Waren die Implosion des politischen Systems der DDR und die Vereinigung beider deutscher Staaten alles andere als vorhersehbare Ereignisse, so gilt dasselbe auch für den anschließenden Prozeß eines tiefgreifenden sozio-ökonomischen Wandels in Ostdeutschland und die zeitgleich einsetzenden, wengleich begrenzt bleibenden Rückwirkungen der DDR-Integration auf Gesellschaft und Politik im neuen Gesamtdeutschland. Nach wie vor trägt das Ereignispaket "Deutsche Einheit" Merkmale der Exzeptionalität, zu denen auch die rasche Gewöhnung an eine Serie von Großereignissen zählt. Im Zuge der Profanisierung des Unwahrscheinlichen geraten allerdings nicht nur dessen Dimensionen leicht in Vergessenheit, sondern auch die Bedingungen seiner erwiesenen Möglichkeit. Um diese beiden Aspekte geht es im folgenden.

Im Prozeß der deutschen Einheit verzeichneten sowohl die *Aufgaben* als auch die *Potentiale* der gesellschaftlichen Steuerung ein unerwartetes Wachstum. Nie zuvor in Friedenszeiten gab es eine ähnlich rasche und umfangreiche Aktivierung von kollektiver Hilfs- und Zahlungsbereitschaft. Der Transfer von institutionellem und individuellem Know-how, z.B. in Gestalt lebendiger Rollenträger, die sich beim Aufbau von Lokaladministrationen und Gewerkschaftsbezirken engagierten, übertrifft alles, was anlässlich anderer Gelegenheiten einer Vergrößerung des Staatsgebietes, für die es in der Geschichte Deutschlands mehrere Beispiele gibt, aufgebracht worden war. Auch hinsichtlich des Volumens der staatlicherseits mobilisierten Finanztransfers und des privaten Investitionskapitals besteht kein Grund, mit Selbstlob zu geizen. Wengleich die Summen noch nicht ganz das Niveau erreicht haben, das rechnerisch betrachtet Gewähr für einen in nur zwölf Jahren vollendeten Angleichungsprozeß bieten könnte, sind die positiven Wirkungen offensichtlich. Spätestens beim Blick über die Ostgrenzen des neuen Deutschlands fällt der Sonderstatus der DDR in den Transformationsprozessen Ostmitteleuropas auf. In keinem anderen Land ist die Bevölkerung dem westeuropäischen Lebensstandard so schnell, so vollzählig so nahe gekommen: Schon 1993 betrug das monatliche Pro-Kopf-Haushaltseinkommen 61,7 % des entsprechenden westdeutschen Wertes. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung hatte sich damit auf rund 350 % des entsprechenden Wertes für die Tschechische Republik gesteigert, die bekanntlich aus dem bessergestellten Teil der einstigen _SSR, eines prosperierenden Bruderlandes der DDR, hervorging.

Zwar mag einigen Teilnehmern am rapiden sozialen Wandel angesichts der individuellen Anpassungskosten der Sinn für den Ausnahmecharakter des Prozesses abgehen, der an postmodernen Disparitäten und Unsicherheiten geschulte Blick der westlichen Soziologie ist - wie nicht zuletzt die Referate des Soziologie-Kongresses zeigen - von der Exzeptionalität des Gegenstandes gefesselt. Immerhin kommt die ebenso reibungslose wie ergiebige Ressourcenabschöpfung einer Population zugute, der die überwältigende Mehrheit der Opfernden noch vor wenigen Jahren mit großer Selbstverständlichkeit nationale Autonomie zuerkannt hatte. Die Beschwerlichkeiten wie die Annehmlichkeiten des Lebens im deutschen Sozialismus waren schon seit den siebziger Jahren mit wohlwollender Gleichgültigkeit, wenn nicht gar mit dezidiertem Desinteresse bedacht worden.

Nicht allein die Explosion nationaler Solidarität verdient aufmerksam registriert zu werden. Am Mobilisierungsniveau der westdeutschen Gesellschaft ist darüber hinaus ein Grad der Disponibilität von Finanzen und Sachverstand ablesbar, der - man ist versucht zu sagen: ohne weiteres - ausreichen würde, weitere bislang für unrealisierbar gehaltene Projekte zu befördern: etwa eine Umverteilung der Arbeit zugunsten aller unfreiwillig Erwerbslosen,

die Überwindung von Obdachlosigkeit, oder den Umbau der technologischen Produktionsbasis auf Höchstwerte der Stoff- und Energieeffizienz. Der Ertrag der deutschen Einheit für politische *Möglichkeitsdiagnosen* scheint jedenfalls enorm. Da die zutage getretenen Potenzen nicht ernsthaft vermutet wurden, wären sie unter *anderen* Bedingungen als ausgerechnet denen der Einheit unweigerlich als Sensation empfunden worden. Im Kerzenlicht der soziologischen Stammtische zwischen Kiel und Konstanz hätte man wohl verblüfft registriert: Die funktional differenzierte Gesellschaft ist weder problemignorant noch handlungsunfähig. Nationalgefühl, "statesmanship" und administrative Routinen befähigen zur Inangriffnahme von Projekten eines Ausmaßes, das als bearbeitbar anzusehen, Politik- und Systemtheoretiker glaubten, uns ausgedet zu haben. Ganze Regalmeter an Literatur über die Rationalitätsgrenzen umfassender Politikentwürfe, die mangelnde Steuerbarkeit der modernen Gesellschaft, die Verdunstung nationaler Handlungsspielräume in der aufziehenden Globalökonomie, und die Unrealisierbarkeit radikaler Eingriffe in "gewachsene" Sozialstrukturen scheinen - wenigstens auf den ersten Blick - obsolet geworden. Unter "geeigneten" Bedingungen ist die postmoderne Gesellschaft zur "planmäßigen" Selbstgestaltung fähig.

Erinnern wir uns der ersten Schritte auf dem ostdeutschen Sonderweg zu Demokratie und Marktwirtschaft, so fällt allerdings auf, daß das im Endeffekt erfolgreiche Handeln weniger von der Größe und der Beispiellosigkeit der Aufgabe motiviert war, sondern von einer Vorstellung von der Alternativlosigkeit des Außergewöhnlichen. Diese wurzelte nicht allein in Nationalgefühlen, sondern wesentlich in kleinformatigen Bildern und Deutungen, die den zur Einheit führenden Entscheidungen Sinn verliehen, indem sie sie im Zweifelsfall als "selbstverständlich", die ausgeschlagenen Handlungsalternativen dagegen als unangemessen auswiesen. Zustandekommen und Durchführung des "sozialen Großversuchs", wie Giesen und Leggewie 1991 das Projekt bezeichneten, wurden wesentlich durch gleichermaßen prägnante wie simplifizierende Interpretationen der Wirklichkeit befördert. Dabei gewannen - natürlich nur unter anderem - auch soziale und politische *Mythen* eine gewisse Bedeutung.

Im Rekurs auf spontan entstandene Mythen vermochten die Protagonisten, den Rationalitätsfallen und Selbstzweifeln zu entkommen, an denen derart anspruchsvolle Vorhaben wie das Mehrebenenprojekt der Integration der DDR gemeinhin zu scheitern pflegen. Die Mythen der Einheit erhellen deshalb nicht nur die Möglichkeitsbedingungen des historischen Großereignisses, sondern geben auch Aufschluß über die Auslösebedingungen des unerwartet hohen Niveaus gesellschaftlicher Mobilisierung, eines Niveaus, das ausreichen würde, weitere Zwecke von ähnlich hohem Wert wie die Restitution verloren geglaubter Eigentumstitel oder die Ersetzung von Polikliniken durch private Arztpraxen der Realisierung näher zu bringen.

II

Selbst noch die Remythologisierung der Politik im Zuge der Einheit zählt zu den unvorhergesehenen, weil nicht per Extrapolation der Vergangenheit "ableitbaren" Ereignissen. In der Geschichte der Bundesrepublik ist vielmehr eine deutliche *Entmythologisierung* politischer Sachverhalte bemerkbar. Dem von Ludwig Erhard mit heute lächerlich wirkendem Pathos vorgetragenen Ansinnen, die Sozialstruktur des frühen Nachkriegsdeutschlands als Ausdruck einer quasi-natürlichen "Formierung" der Gesellschaft anzuerkennen, war

kein Erfolg beschieden. In analoger Weise verblaßten die in der Kulturrevolution der siebziger Jahre entwickelten Radikalkonzepte gesellschaftlicher Reform und dogmatischer Demokratisierung. Statt dessen wurden die liberalistischen Anklänge des nach einer amerikanischen Automarke benannten Massenkonsumismus gemeinsam mit den libertären Elementen des von der Studentenrebellion beförderten Weltbildes¹ zu tragenden Säulen der heute einigermaßen ideologieabholden und (auch im internationalen Vergleich) durchaus tolerant wirkenden politischen Kultur Westdeutschlands.

Zweifel an einer derart optimistischen Diagnose sind weit verbreitet und dürfen, gerade weil sie weit verbreitet sind, als Belege der Immunisierung des Erreichten interpretiert werden. Zum besseren Verständnis sei jedoch stichwortartig auf drei allgemein zugängliche Beobachtungen verwiesen: *erstens*, auf den sachlich und zeitlich begrenzten Einzugsbereich der politischen Hysterie im Kontext der als "Deutscher Herbst" bezeichneten Hochzeit des Linksterrorismus; *zweitens*, auf die hohe und durch die unerwarteten Fälle von Haß und Gewalt noch gesteigerte Sensibilität und Inklusivität der Gegnerschaft zu Rechtsradikalismus und Rechtsterrorismus sowie, *drittens*, die Entmythologisierung des industriellen Konflikts. Was letzteren angeht, so scheint nur noch in Deutschland der Bestand überbetrieblicher und nichtkompetitiver Gewerkschaften ungefährdet, obgleich sowohl der Mythos eines redistributiven Klassenkonflikts zwischen Arbeit und Kapital als auch der Mythos einer korporativistischen Sozialpartnerschaft erodierte.

War Politik in der Bundesrepublik vor 1989 eine allemal parteibornierte, von konservierenden Vorsichten geprägte und gegenüber neuen Problemlagen mit Kurzsichtigkeit geschlagene Veranstaltung, die ohne mythologische Anstrengungen auskam, so hat sich das Bild im Prozeß der Vereinigung erheblich gewandelt. Die deutsche Einheit impliziert wie kein anderes Ereignis seit der Währungsreform Produktivitätsgewinne politischer Mythologie. Deren Produkte sind allerdings unterhalb hochfliegender nationalistischer Gefühle zu lokalisieren, die wie Offe (1990) bemerkte, mehr ihres "taktischen Gebrauchswertes" als ihres Offenbarungscharakters wegen geschätzt wurden. Bevor ich die These der Remythologisierung deutscher Politik an Beispielen belege, möchte ich eine Bemerkung zu dem verwendeten Mythosbegriff einschieben. Dabei werde ich Anleihen bei dem definitorisch sparsamen Mythoskonzept machen, das sich in empirischen Organisations- und Politikanalysen bewährt hat.

Simplizität und Sinnfälligkeit sind die Leistungsdimensionen moderner Mythen. Indem sie die recht komplexe, dynamische und in etlichen Teilen auch noch intransparente soziale Wirklichkeit auf wenige Elemente und einfache (unilineare) Beziehungen reduzieren, liefern die im Mythos verschlankten Deutungen Scheinerklärungen für Sachverhalte von unübersichtlicher Gestalt und kontingenter Kausalstruktur. Im Mythos ist das komplexe Geflecht der beteiligten Variablen und ihrer u.U. zufälligen und flüchtigen Relationen auf markante "Grundtatsachen" reduziert, die einen unkontroversen Sinngehalt suggerieren, wogegen genauere Analysen bestenfalls mit Partialerklärungen aufwarten können, die nicht ohne probabilistische Annahmen auskommen.

¹Wie wirksam die kreativen, auf Selbsttätigkeit, Selbstorganisation und Eigenverantwortlichkeit zielenden Werte der damaligen Alternativkultur waren, bleibt an zahllosen Projekten in der Grauzone von Politik, Ökonomie und sozialer Selbsthilfe ablesbar. Paradoxe Weise fanden sie ihren frühen öffentlichen Ausdruck auf einem sog. "Tunix"-Kongreß.

Mythische Deutungen mögen benennbare Urheber und Vermittler haben, also absichtsvoll konstruiert und verbreitet sein, ihre Rezeption finden sie in aller Regel *nicht weil*, sondern *obwohl* sie Deutungsangebote Dritter darstellen. Es ist ihre Attraktivität als originäre Sinnquelle, die Erfolge verbürgt und Rezeptionsgeschichten immer wieder auf das "glauben Wollen" (Edelman 1976: 1) der Rezipienten abheben läßt. Da es schwer ist, sich der mythischen Sinnofferten zu entziehen, sind die entstehungsnahe Identifizierung und Dekonstruktion von Mythen kein sonderlich aussichtsreiches Unterfangen. Gelegentlich beweisen sogar die Sozialwissenschaften im Umgang mit komplexen und unverhofft auftretenden Sachverhalten eine Kompetenz zur Mythenproduktion. Das ist an dem verschwörungstheoretischen Gehalt mancher Erklärungsangebote ablesbar und wurde insbesondere nach der Blütezeit funktionalistischer Erklärungen bemerkt (vgl. Elster 1987: 59-65). Der vorschnelle Griff nach "Cui bono"-Erklärungen, wie sie gerade auch zur Erklärung des Aufkommens politischer Mythen, u.a. von *Murray Edelman* (1976), angeboten werden, ist selbst nichts anderes als der Nachvollzug eines Mythos, nämlich des Mythos der Konvergenz von funktionalistischen und kausal-intentionalen Erklärungen sozialen Handelns.

Der Sachverhalt der Ausbeutbarkeit emergenter Mythen steht jedoch außer Frage. Da die Resultate kognitiver Evolution derart große Attraktivität entfalten, findet das "glauben Wollen" der einen oft ein Pendant im "glauben Machen" anderer Beteiligter. Sorgfältige selektive Bezugnahme auf kursierende Mythen ist eine naheliegende Option öffentlicher Politik, die auf der Suche nach ihren Erfolgsbedingungen immer auch Politik mit Öffentlichkeit, d.h. Politik des Interpretierens und Insinuierens ist.²

Der Exkurs in die Soziologie "schlanker Deutungen" sei mit einer Spekulation abgeschlossen: Während manche im Merkmalskatalog der Postmoderne rubrizierten Sachverhalte aufgrund ihrer Heterogenität, Multidimensionalität und Uneindeutigkeit Hinweise auf einen *sich ausdehnenden* Nährboden für soziale Mythen liefern, scheint der offenkundige Wettbewerb zwischen mehreren, oft inkommensurablen Deutungen deren *Sinnschöpfungspotenz* erheblich zu *vermindern*. Sinnkonkurrenz provoziert Zweifel, aber begründet keine Mythen. Folglich finden sich in postmodernen Gesellschaften kaum mehr allgemein geglaubte Dauermythen. Hier scheinen lediglich noch singuläre, also nicht wiederkehrende Ereignissen, zu deren "Bewältigung" es auch keiner wahrheitsfähigen Kausalerklärung bedarf, als Gegenstände der Mythenbildung geeignet. Die deutsche Einheit ist ein solches Ereignis. Daß "schlanke" Deutungsofferten bei der Bewältigung dieses singulären Großereignisses Verbreitung und interessierte Verwendung fanden, möchte ich nun an vier typisierten Beispielen demonstrieren.

²Man sollte sich aber davor hüten, die normative Botschaft einzelner politisch in Dienst genommener Mythen, z.B. der Inbeziehungsetzung von Nationalgeschichte und Kollektividentität (vgl. Voigt 1989), mit allgemeinen Konstruktionsmerkmalen des Mythos zu identifizieren.

III

Die folgenden Beobachtungen entstammen keiner dezidierten Mythenforschung. Es handelt sich vielmehr um den grob sortierten Abfall aus einigen Projekten der Transformationsforschung. In ihnen wurden unter anderem die Situationsdeutungen korporativer Akteure rekonstruiert, denen sie in den Jahren 1990 und 1991 bei ihren Beiträgen zur Herstellung und Realisierung der deutschen Einheit gefolgt waren. Als erkenntnisförderlich erwies sich des weiteren Material aus der Fremd- und Selbstbeobachtung der Transformationsgesellschaften in Ostmitteleuropa. Dank letzterem lassen sich einige Charakteristika der (ost)deutschen Transformation als Abweichungen bzw. spezifische Ausprägungen von *allgemeinen* Problemen der postsozialistischen Transformation identifizieren.

Hervorstechendes Merkmal der DDR-Transformation ist die praktisch übergangslose Wirtschaftsintegration mit der bekannten Folge eines Totalverlustes der Produktionskapazitäten, hohen kompensatorischen Sozialtransfers und allenfalls mäßig attraktiven Bedingungen für externe Investoren. Maßgebend für die Schlüsselentscheidung zugunsten des vergleichsweise kostspieligen Transformationspfads waren nicht ökonomische Interessen, sondern *verfassungspolitische Prioritäten*. Ein moderater Kurs der schrittweisen Eingliederung und Systemreform, der wohl den Präferenzen einer Mehrheit der Gesamtbevölkerung entsprochen hätte, fand unter den Spitzenpolitikern des westdeutschen Staates keine Befürworter. Er implizierte in der Perspektive der Protagonisten der Einheit ein inakzeptables Risiko: In einer extensiven Debatte über die zu bewältigenden Transformationsaufgaben wären unvermeidlich konzeptionelle Kontroversen - nicht nur zwischen, sondern auch in den Parteien - sowie klassische Ressortkonkurrenzen aufgebrochen und hätten den Wettbewerb um Wählerstimmen mit großer Unsicherheit belastet. Die Debatte selbst und erst recht ein durch sie provoziertes Wechsel an der Regierung hätten mit einiger Wahrscheinlichkeit das in der Sicht der Amtsinhaber größte zu vermeidende Übel hervorgerufen: eine Modifikation des westdeutschen Institutionensystems. Rasche Entscheidungen, die von optimistischen und "entproblematisierten" Deutungen profitierten, versprachen dagegen wirksame Gefahrenabwehr.

Nicht zuletzt, um dem Risiko institutioneller Reformen zu entgehen,³ blieb die innenpolitische Tagesordnung der neuen Bundesrepublik von Grundsatzfragen der Transformation verschont, nachdem in der außenpolitischen Arena irreversible Entscheidungen getroffen und durch Abschluß von Staatsverträgen besiegelt worden waren. Die Kostenübernahme durch den Westen hatte den Weg für die "electric chair therapy" (Bryson 1992: 138) der übergangslosen Inkraftsetzung des westdeutschen Ordnungsrahmens und der vollen Integration in Wettbewerbsverhältnisse freigemacht. Die enorme Währungsaufwertung und die paritätische Umstellung der Arbeits- und Sozialeinkommen bei Zusage ihrer schrittweisen Angleichung waren der Preis, um den das Institutionensystem der Bundesrepublik von einem als hoch veranschlagten Wandlungsdruck freigestellt wurde.⁴ Diese polit-ökonomische Präferenzordnung ist reichlich durch Aussagen der Verhandlungsbeauftragten Schäuble (1991) und Teltschik (1991) belegt.

3Ein weiterer Beweggrund fürs rasche Handeln war die günstige außenpolitische Verhandlungssituation, das *window of opportunity*, das mit der Kompromißbereitschaft der akut geschwächten Sowjetunion gegeben war. Die Wahrnehmung dieser Chance bedingte jedoch keinen bestimmten Modus der Wirtschaftsintegration der DDR.

4Vgl. dazu im einzelnen Lehmbruch (1992), Bryson (1992) und als Beleg: Teltschik (1991: 55).

Wenn man schon den wenig naheliegenden Vergleich mit der Schocktherapie strapazieren mag, so erscheint die Integration "auf einen Schlag" keineswegs als Musterfall, sondern als eine von therapeutischen Maßnahmen gereinigte Abart. Der "Schock" war zudem nicht wie in den übrigen Reformstaaten von *auswärtigen* Interessenten, etwa dem Internationalen Währungsfonds, nahegelegt worden. Bei ihrer Vorbereitung und Realisierung konnten sich die Autoren der Entscheidungen von 1990 emergente Mythen zunutze machen, die zweifelsfrei mehr Akzeptanz versprachen als eine Offenlegung der tatsächlichen Entscheidungsprämissen und gegebenen Alternativen.

Die *ex ante* verfügbaren und legitimationstauglichen Mythen sind längst wieder verblaßt. Sie tauchen aber mit großer Regelmäßigkeit in den Situationsbeschreibungen der beteiligten (bzw. betroffenen) Akteure auf. Von diesen wurden sie in den Jahren 1990 und 1991 als wichtige Orientierungsparameter des Handelns angesehen. Ich möchte zunächst zwei dieser *Ex ante*-Mythen charakterisieren und sodann zwei *Ex post*- Mythen vorführen. Sie lassen sich unter Zuhilfenahme der Unterscheidung von Handeln und Erleben in einem Vierfelderschema (vgl. Schema 1) gruppieren.

	Handeln	Erleben
ex ante	"Chaos" (Massenexodus, Unordnung, Anarchie)	"deja vu" (Zweitauflage des Wirtschaftswunders)
ex post	"Komplexität" (Fehlinformationen, Unsicherheit)	"Kolonialisierung" (Schocktherapie, egoistische West-Akteure)

Schema 1: Emergente Mythen im Kontext der deutschen Einheit

(1) Von großer handlungslegitimierender Kraft erwies sich der Mythos eines allein durch raschen Beitritt zur Bundesrepublik abwendbaren "Chaos" (vgl. Feld 1 des Schemas). Der Massenexodus einer ungeduldigen Bevölkerung einerseits, der Zusammenbruch technischer Infrastrukturen bis zum Verlust von Recht und Ordnung andererseits werden als akute Bedrohungen erinnert, deren Abwendung unverzügliches Handeln unter Inkaufnahme auch gravierender Nebenfolgen rechtfertigte.

Bereits bei dem über Drittländer einfließenden Wanderungsstrom hatte das Schreckgespenst einer riesigen unkontrollierbaren Wanderungsbewegung von Ost- nach Westdeutschland markante Konturen angenommen. In den Begründungen für die Wirtschafts- und Währungsunion wuchs die "Migrationsgefahr" ins Überdimensionale und provozierte in der westdeutschen Bevölkerung Feststellungen des Typs "Die Vereinigung der Deut-

schen soll sich nicht auf unserem Boden vollziehen".⁵ Angesichts von rund einer halben Million Ostdeutscher, die seit Januar 1989 nach Westdeutschland gekommen waren, sahen westdeutsche Gewerkschaften Ende 1990 Anlaß, ihren Mitgliedern Beistand gegen eine "Billigkonkurrenz" am Arbeitsmarkt zuzusagen: "Lohnanpassung ist zu einem wichtigen Bleibeargument in den neuen Bundesländern geworden" behauptete der damalige IG-Metall-Vorsitzende Steinkühler (1992: 580). Aus dem Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut des DGB war schon Anfang 1991 geschärftes Problembewußtsein signalisiert worden. Unangenehme "Rückwirkungen auf die Entwicklung im Westen" wären unabwendbar, wenn "(d)ie Abwanderung aus den neuen Bundesländern (...) anhalten und die Konkurrenz auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt erhöhen" würde (Bispinck 1991).

Die Begründung der Wanderungsneigung mit dem bestehenden Lohngefälle bildet eine der erfolgreichsten Mythologisierungen im Zusammenhang der Einheit. Untersuchungen zur Migrationsbereitschaft im Zeitraum von 1990 bis Juni 1992 ergaben, "daß kein eindeutiger Zusammenhang zwischen Arbeitsmarktsituation und Abwanderung" (Häußermann/Heseler 1993: 28) bestand.⁶ Vielmehr übte bereits 1991 die Erwartung einer andauernden Massenarbeitslosigkeit einen stärkeren Wanderungsanreiz aus das Fortbestehen erheblicher, aber allgemein als abnehmend unterstellter Lohnunterschiede (Akerlof et al. 1991).⁷ Angesichts der damals bestandenen Unsicherheit hätte vermutlich jedes einigermaßen plausible Reformvorhaben, das ohne Zögern realisiert worden wäre, eine Verringerung des Wanderungsstroms bewirkt. Der Migrationsmythos half den westdeutschen Tarifparteien, ein Eigeninteresse an hohen Tariflöhnen zu kaschieren (vgl. Ettl 1995).

Die sonstigen Chaos-Indikatoren sind deutlich von Präferenzen des Verwaltungspersonals geprägt, das einen Zusammenbruch staatlicher Ordnungsfunktionen, ja sogar der Versorgung mit elektrischer Energie und der Telekommunikationswege ankündigte, um - so ist im nachhinein zu vermuten - Grundsatzentscheidungen über die Verbesserung der Infrastrukturen sowie die Klärung der administrativen Kompetenzen zu beschleunigen. Für einen kurzfristig bevorstehenden Versorgungs- oder Systemkollaps finden sich in den diversen Studien zur sektoralen Transformation keine Belege. Allerdings offenbaren Umfragedaten und "lokale" Transformationsgeschichten eine über westdeutschen Vergleichswerten liegende Empfindlichkeit der ostdeutschen Bevölkerung und insbesondere der lokalen Eliten gegenüber etwaigen Instabilitäten und Ordnungsverlusten.⁸ Sektorale Studien zeigen im übrigen, daß westdeutsche Verbände und Infrastrukturträger bereits in den ersten Monaten des Jahres 1990 enge Kooperationsbeziehungen zu ostdeutschen Partnern aufbauten und in verschiedenen Bereichen kurzfristig die Versorgungssicherheit verbessern konnten.

⁵Das Zitat ist Koch-Arzberger/Wörndl (1993: 11) entnommen.

⁶ Mit dem gleichen Ergebnis warten Akerlof et al. (1991) und Burda (1993) auf.

⁷Jüngste Umfragedaten bestätigen diesen Befund: Die Menschen in Ostdeutschland räumen der Beschäftigungssicherheit unzweideutig Priorität vor hohen Löhnen ein; nur 12 % halten höhere Löhne für wichtiger als mehr Jobs (Rose/Seifert 1995).

⁸Der Autor verdankt diese Information u.a. Cordia Schlegelmilch, die die Elitentransformation in einer sächsischen Kleinstadt untersuchte. Zweifelsfrei nachgewiesen sind für Ostdeutschland wesentlich höhere Werte der Verbrechensfurcht als im Westen, obwohl dort signifikant niedrigere (allerdings steigende) Kriminalitätsraten registriert werden (Kury 1995).

(2) Weniger handlungs- als erlebensbezogen und damit das allgemeine Risikobewußtsein bestimmend wirkte der Mythos einer problemlosen Wiederholbarkeit des Wirtschaftswunders der frühen Bundesrepublik. Es waren zunächst die Spitzenverbände der westdeutschen Wirtschaft, namentlich BDI und VDMA, die den Produktivitätsrückstand der DDR in eine spezifische "Stärke" umdeuteten, indem sie in ihm "Produktivitätspotentiale", d.h. Stimuli eines stürmischen Wachstums, zu erkennen glaubten (vgl. Berger 1975). In naiver Erwartung eines zweiten Wirtschaftswunders wurde die Wirtschaftsintegration als "*deja vu*"-Erlebnis kodiert. Für den Wiederholungsfall schien es lediglich der Inkraftsetzung des ordnungspolitischen Rahmens zu bedürfen (vgl. Feld 2). Diesem Mythos zufolge unterschieden sich die Situation der DDR-Wirtschaft nicht sehr von der der westdeutschen Nachkriegswirtschaft; ein rasanter Aufschwung schien unvermeidbar, sobald Ressourcenknappheit und politische Restriktionen entfallen wären. Die Erträge jahrzehntelanger, durchaus kritischer DDR- und Sozialismusforschung hatten in der Vorstellungswelt westdeutscher Spitzenmanager und -politiker kaum Spuren hinterlassen.

Tatsächlich erwiesen sich Produktivitätsdefizite im Osten als ebenso hinderlich wie im Westen, während die einmaligen strukturellen Voraussetzungen der Prosperitätsära (vgl. Lutz 1984) angesichts der Globalisierung wirtschaftlicher Entscheidungshorizonte auf keinerlei Weise mehr substituiert werden konnten. Der "*deja vu*"-Mythos eines zweiten Wirtschaftswunders beförderte allein die Unterschätzung der Transformationskosten und -risiken.

(3) Während die *Ex ante*-Mythen Handlungsbedarf begründen und Risiken diskontieren, re-arrangieren die *ex post facto* entstandenen Deutungen die Umstände der radikalen Transformation in der Weise, daß das im nachhinein an der Grenze der Vertretbarkeit verortete Risiko entweder - aus der Sicht der Protagonisten - als unvermeidbar oder - unter dem Blickwinkel der Betroffenen - als von Dritten eigennützig in Kauf genommen erscheinen muß. Im Bemühen um nachträgliche Rechtfertigung wird nun die "*Komplexität*" der Entscheidungssituation beschworen (vgl. Feld 3) und auf Wissensdefizite, z.B. hinsichtlich des Zustands der DDR-Wirtschaft, verwiesen. So seien die Parameter der Wirtschafts- und Währungsunion in Unkenntnis der realen betrieblichen Produktivitäts- und Verschuldungssituation gewählt worden. Auch die im Stufentarifvertrag für die Metall- und Elektroindustrie Ostdeutschlands kontrahierte Hochlohnpolitik wird von den beteiligten Arbeitgeberverbänden mit Fehlinformationen entschuldigt. Anfang 1991 habe man den Zusammenbruch der sog. Ostmärkte noch nicht absehen können. Überreichlich vorhandene Belege in den Gutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute sowie wohldokumentierte Klagen der Verbandsvertreter anlässlich einer dem Vertragsabschluß vorangegangenen "Kanzlerrunde" dementieren jedoch den Mythos des unüberwindlichen Informationsmangels (Ettl/Wiesenthal 1994).

(4) Die umfangreichen und unbefristet gewährten Kompensationen können nur einen Teil der Transformationsgesellschaft vor der Erfahrung einer in ihren individuellen Auswirkungen oft schmerzhaften Übergangskrise schützen. In Erinnerung zu rufen sind die abrupt einsetzende Dynamik sozialer Differenzierung, das dank westdeutscher Personalreserven umfangreiche Revirement auf hohen und mittleren Rängen der staatlichen Administration und das parallel mit dem Realeinkommen gestiegene Niveau ökonomischer und biographischer Unsicherheit. Wer die Mehrdimensionalität sozialer Statuspositionen nicht leugnen mag, muß die Präsenz einer relevanten Minderheit negativ Betroffener einräumen, deren soziale Existenzbedingungen sich im Gefolge der Einheit in einzelnen Hinsichten nicht verbessert, sondern verschlechtert haben. Aufgrund ihrer praktischen Erfahrungen haben sie eine kritische Sicht der Transformation gewonnen, die sie nun mit jenen teilen, die 1990 zwar weitreichende Reformen befürworteten, aber keine Vereinigung der DDR mit der Bundesrepublik.

Unter den Angehörigen dieser Gruppen und selbst bei einem Teil der "Transformationsgewinner" sind erlebensbezogene *Ex post*-Mythologisierungen beobachtbar, die sich unter dem Schlagwort "*Kolonialisierung*" zusammenfassen lassen. Um Kolonialisierungsmysmen handelt es sich (a) bei der Interpretation der ostdeutschen Wirtschaftstransformation als einen Musterfall der ominösen Schocktherapie, (b) bei der an die Treuhandanstalt adressierten Schuldzuweisung für die massive De-industrialisierung und (c) bei der verbreiteten Auffassung, die negativen Transformationsfolgen seien einem Vertretungsdefizit ostdeutscher Interessen - genauer: der Dominanz eigennütziger Westakteure - geschuldet.⁹ Weil zu diesem Thema schon einige Analysen vorliegen (u.a. Abromeit 1993 und Wiesenthal 1994a), möchte ich mich beim Nachweis des mythischen Gehalts auf wenige konzentrierte Feststellungen beschränken.

Ad (a). Der Vergleich zwischen den in Ostmitteleuropa und in Ostdeutschland angewendeten Strategien der Wirtschaftstransformation offenbart für die DDR eine deutlich radikalere Vorgehensweise bei unvergleichlich günstigeren individual-ökonomischen Folgen (Wiesenthal 1994b). Indem die vorhandenen Produktionskapazitäten durch die schlagartige Weltmarktintegration, eine 300-prozentige Währungsaufwertung und die anschließende Hochlohnpolitik vollständig entwertet wurden, kam es zu einer Umverteilung von ökonomischen Existenzchancen zugunsten der Individuen und zu Lasten der Unternehmen, die in der Geschichte kapitalistischer Wirtschaften ohne Beispiel ist. Wären wirklich die Maßnahmeempfehlungen der Schocktherapie zur Anwendung gelangt, wie etwa in der *_SFR*, so hätten die Betriebe wesentlich günstigere Ausgangsbedingungen für ihre Anpassung an Wettbewerbsverhältnisse erhalten, während die Arbeitnehmer nach Hinnahme eines Reallohnverlustes noch mehrere Jahre lang zur Lohnzurückhaltung genötigt gewesen wären. Von einer Anwendung der Schocktherapie auf die DDR-Gesellschaft kann, wie schon gesagt, keine Rede sein.

Ad (b). Während Privatisierungsstrategien in den anderen Reformstaaten nach anfänglicher Duldung spontaner Aneignungspraktiken im Rahmen der sog. Nomenklatura-Privatisierung (Stark 1992) auf *Auktionsverfahren* oder die Ausgabe von *Anteilscheinen* (die sog. Voucher-Privatisierung) abhoben, bevorzugte die Treuhandanstalt im industriellen Bereich nach einer 1992 erfolgten Erweiterung ihres Zielsystems

⁹Für eine ausführlichere Erörterung des Kolonialisierungsdiskurses und seines Pendant, des Liberalisierungsdiskurses, vgl. Brie (1994).

die Aushandlung von *detaillierten individuellen Verträgen* mit den Kaufinteressenten. Die Verträge enthielten häufig Auflagen zur Fortführung der Unternehmen, zur Beschäftigungsentwicklung sowie zu Modernisierungs- und Erweiterungsinvestitionen. Um die Realisierung der beschäftigungs- und strukturpolitischen Ziele zu fördern, wurden gelegentlich sogar negative Verkaufspreise vereinbart (Czada 1993).

Während die anderenorts vorgenommenen Privatisierungen stärker an staatlichen Einnahmeinteressen orientiert waren und im Falle der Voucher-Privatisierung lediglich einen nominellen Eigentümerwechsel ohne Gewinn an Managementqualität und Investitionskapital bewirkten, ermöglichten die individuell ausgehandelten Verträge der Treuhandanstalt im Prinzip die Entstehung überlebensfähiger Unternehmen unter Berücksichtigung von Nebenzielen mit eindeutigem Gemeinwohlcharakter. Dafür wurde *de facto* auf anderenfalls erzielbare Erlöse verzichtet. Daß dieses Vorgehen die De-industrialisierung nicht aufzuhalten vermochte, hatte andere Ursachen: Für die Gewinnung von Investoren stand vergleichsweise wenig Zeit zur Verfügung, weil Währungsaufwertung und übergangslose Weltmarktintegration einen hohen und langfristigen Bedarf an Erhaltungssubventionen begründet hätten. Die politisch bevorzugte Subventionierung von Personen verbot aber einen ähnlich umfangreichen Mitteleinsatz zur parallelen Subventionierung der Unternehmen. Hätte man Letzterem Vorrang eingeräumt, so hätte das eine stärkere Differenzierung der individuellen Existenzbedingungen - nämlich nach Maßgabe der unterschiedlichen betrieblichen Modernisierungs- und Wettbewerbschancen - bedeutet als im Falle der personenbezogenen Alimentierung, die die Betroffenen in Dresden und in Pasewalk denselben Regelungen des Arbeitsförderungsgesetzes unterstellt.

Ad (c). Was die ökonomischen und "moralischen" Kosten der im wesentlichen von externen Akteuren gesteuerten Transformation angeht, so scheint ein Blick auf die in anderen Reformstaaten entstandenen Systeme der Interessenvermittlung aufschlußreich. Dort behindern institutionelle Trägheit, eklatanter Ressourcenmangel und hohe Reibungsverluste der Elitenkonkurrenz eine an künftigen Entwicklungschancen orientierte zügige Modernisierung. Die Medien der parlamentarischen Repräsentation weigern sich vielfach, organisierten sozialen Interessen die im Westen üblichen Partizipationschancen einzuräumen (Ágh 1993). Während daraus Probleme für die *Systemintegration* der Transformationsgesellschaften erwachsen, scheint in den neuen Ländern die Dominanz externer Akteure v.a. Probleme der *Sozialintegration* aufzuwerfen. Belegt sind *Insensibilitäten der externen Akteure* sowie der "historische" und "lokale" Bias vieler ihrer Entscheidungsrouinen.

Gleichwohl beschwört der Kolonialisierungsdiskurs lediglich einen Mythos, da er die Präsenz westdeutscher Akteure nicht als Kehrseite der Verantwortungs- und Kostenträgerschaft, sondern als ein separat verfügbares Akzidens des Ressourcen- und Institutionentransfers beschreibt. Im Mythos werden die verbliebenen Kosten und Risiken der Transformation nicht dem Projekt selbst, sondern seinen (zugegebenermaßen paternalistischen) Erfolgsgaranten zugeschrieben. Daraus entstehen zwei Paradoxien. Dank der externen Zuschreibungsoption vermag auch der Transformationspfad der DDR, der im Vergleich mit den Übergangsprozessen anderer Staaten komfortabel und zielsicher wirkt, prägnanten Empfindungen der Verletzung und Entfremdung Raum zu geben. Und der einzige Fall, in dem alle Grundsatzentscheidungen irreversibel beim Transformationsstart getroffen wurden, begünstigt die Illusion, daß nicht nur die Verteilung, sondern auch die Höhe der Transformationskosten von den im Prozeß

wirksamen Repräsentationsverhältnissen abhingen. Beide Diagnosen, deren paradoxer Gehalt nur im vergleichenden Blick auf andere Transformationsgesellschaften bemerkbar ist, erweisen sich als gruppenkonstitutiv und, wie die PDS demonstriert, mobilisierungstauglich.

IV

Am Ende meiner Skizze des mythologischen Ertrags der deutschen Einheit bleiben zwei Feststellungen zu treffen. Während die *ex ante* entstandenen Mythen, also die Vorstellung einer dringend erforderlichen Chaos-Prävention und die Vorwegnahme eines "deja vu"-Erlebnisses, allmählich verblassen, scheinen die *Ex post*-Mythen, d.h. die Imagination systematischer Fehlinformationen und einer eigennützig Kolonialisierung, tendenziell zu "vermassen". Als Selbstrechtfertigung der einst und jetzt regierenden Akteure bzw. als an vermeintliche Nutznießer adressierte Verantwortungszuschreibung sind sie geeignet, nicht nur dem Erklärungsbedarf des Großereignisses, sondern darüber hinaus einer weiteren Besonderheit der ostdeutschen Transformation Rechnung zu tragen, die spätestens beim Blick über den deutschen Gartenzaun auffällt.

Sind die anderenorts einzig zugänglichen Übergangsstrategien von einer Ballung großer Unannehmlichkeiten beim Start, aber auch von einer anfänglich hohen Akzeptanz der Übergangskosten gekennzeichnet,¹⁰ so startete die Bevölkerung Ostdeutschlands mit dem Empfang eines Bündels ökonomischer Gratifikationen. Die Nachteile treten erst im weiteren Verlauf der Reise ins Bewußtsein. Das ist die in sozialintegrativer Hinsicht *ungünstigste* Konstellation eines Transformationsprojekts: Während "echte" Schocktherapien mit der allmählichen Besserung der Lage auch die soziale Unterstützung für den eingeschlagenen Kurs wachsen lassen, kam es in Ostdeutschland vielfach zur Enttäuschung der hohen, beim Start des Projektes gebildeten Erwartungen. Das zeitliche Verteilungsmuster "zuerst die Vorteile, dann die Nachteile" dürfte die Nachfrage nach sinnstiftenden Mythen auch in Zukunft lebendig halten.

¹⁰Vgl. die von Rose und Seifert (1995) präsentierten Umfragedaten.

Literatur

- Abromeit, Heidrun, 1993: Die "Vertretungslücke". Probleme im neuen deutschen Bundesstaat. *Gegenwartskunde* 42 (3), 281-292
- Ágh, Attila, 1993: From Nomenclatura to Clientura: The Emergence of New Political Elites in East Central Europe. *Budapest Papers on Democratic Transition* No. 68. Department of Political Science, Budapest University of Economics
- Akerlof, George A./ Rose, Andrew K./ Yellen, Janet L./ Hessenius, Helga, 1991: East Germany In *From the Cold: The Economic Aftermath of Currency Union*. *Brooking Papers in Economic Activity* 1, 1-87
- Berger, Ulrike, 1995: Engagement und Interessen der Wirtschaftsverbände in der Transformation der ostdeutschen Wirtschaft: Industrieverbände im Spannungsfeld von Mitgliederinteressen und Gemeinwohl. In: Wiesenthal, Helmut (Hg.): *Einheit als Interessenpolitik*. Frankfurt/New York: Campus, 95-125
- Bispinck, Reinhard, 1991: Können die Gewerkschaften so tun, als sei nichts passiert? *Frankfurter Rundschau*, (47) 25.2.1991
- Brie, Michael, 1994: Die Ostdeutschen auf dem Wege vom "armen Bruder" zur organisierten Minderheit? *Arbeitspapiere AG TRAP 94/4*. Berlin: Max-Planck-Gesellschaft, Arbeitsgruppe Transformationsprozesse
- Bryson, Phillip J., 1992: The Economics of German Reunification: A Review of the Literature. *Journal of Comparative Economics*, 16 (1), 118-149
- Burda, Michael, 1993: The determinants of East-West German migration: Some first results. *European Economic Review*, 37 (2-3), 452-461
- Czada, Roland, 1993: Die Treuhandanstalt im Umfeld von Politik und Verbänden. In: Fischer, Wolfram/ Hax, Herbert/ Schneider, Hans Karl (Hg.): *Treuhandanstalt*. Berlin: Akademie-Verlag
- Edelman, Murray, 1976: *Politik als Ritual*. Frankfurt/M., New York: Campus
- Elster, Jon, 1987: *Subversion der Rationalität*. Frankfurt/Main, New York: Campus
- Ettl, Wilfried, 1995: Arbeitgeberverbände als Transformationsakteure: Organisationsentwicklung und Tarifpolitik im Dilemma von Funktionalität und Repräsentativität. In: Wiesenthal, Helmut (Hg.): *Einheit als Interessenpolitik*. Frankfurt/New York: Campus, 34-94
- Ettl, Wilfried/ Wiesenthal, Helmut, 1994: Tarifautonomie in de-industrialisiertem Gelände: Analyse eines Institutionentransfers im Prozeß der deutschen Einheit. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 46 (3), 425-452
- Giesen, Bernd/ Leggewie, Claus, 1991: Sozialwissenschaften vis-à-vis. Die deutsche Vereinigung als sozialer Großversuch. In: Giesen, Bernd / Leggewie, Claus (Hg.): *Experiment Vereinigung*. Berlin: Rotbuch, 7-18
- Häußermann, Hartmut/ Heseler, Heiner, 1993: Massenentlassungen, Mobilität und Arbeitsmarktpolitik. Das Beispiel zweier ostdeutscher Großbetriebe. *Aus Politik und Zeitgeschichte* B

- Koch-Arzberger, Claudia/ Wörndl, Barbara, 1993: Deutsche zwischen zwei Welten. Wie DDR-Bürger den Westen erleben. In: Hondrich, Karl Otto /et al. (Hg.): Arbeitgeber West, Arbeitnehmer Ost. Berlin: Aufbau Taschenbuch Verlag
- Kury, Helmut, 1995: Zur Bedeutung von Kriminalitätsentwicklung und Viktimisierung für die Verbrechensfurcht. Ms. Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht, Freiburg
- Lehmbruch, Gerhard, 1992: Die deutsche Vereinigung. Strukturen der Politikentwicklung und strategische Anpassungsprozesse. In: Kohler-Koch, Beate (Hg.): Staat und Demokratie in Europa. Opladen: Westdeutscher Verlag, 93-115
- Lutz, Burkart, 1984: Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Frankfurt/Main, New York: Campus
- Offe, Claus, 1990: Vom taktischen Gebrauchswert nationaler Gefühle. DIE ZEIT, (51), 14.12.90, 42
- Rose, Richard/ Seifert, Wolfgang, 1995: Materielle Lebensbedingungen und Einstellungen gegenüber Marktwirtschaft und Demokratie im Transformationsprozeß. Ostdeutschland und Osteuropa im Vergleich. In: Wollmann, Hellmut, et al. (Hg.): Transformationsprozeß in Mittel- und Osteuropa. Opladen: Westdeutscher Verlag (im Erscheinen)
- Schäuble, Wolfgang, 1991: Der Vertrag. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt
- Stark, David, 1992: Privatisierungsstrategien in der CSFR, Ostdeutschland, Polen und Ungarn. Ein Vergleich. Transit, 3 (Winter 1991/92), 177-192
- Steinkühler, Franz, 1992: Soziale Einheit und gewerkschaftliche Zukunftsgestaltung. Gewerkschaftliche Monatshefte, 43 (10), 577-587
- Teltschik, Horst, 1991: 329 Tage: Innenansichten der Einigung. Berlin: Siedler
- Voigt, Rüdiger, 1989: Mythen, Rituale und Symbole der Politik. In: ders. (Hg.): Politik der Symbole - Symbole der Politik. Leske + Budrich: Opladen, 9-37
- Wiesenthal, Helmut, 1994a: Interessenrepräsentation im Transformationsprozeß. In: Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung (Hg.): Die real-existierende postsozialistische Gesellschaft. Berlin: GSFP, 186-199
- Wiesenthal, Helmut, 1994b: East Germany as a Unique Case of Societal Transformation: Main Characteristics and Misconceptions. Arbeitspapiere AG TRAP 94/8. Berlin: Max-Planck-Gesellschaft. Arbeitsgruppe Transformationsprozesse